

I/01

Kreis Steinfurt | Der Landrat
Tecklenburger Str. 10
48565 Steinfurt
Tel. 02551 69-0

www.kreis-steinfurt.de

Kreis Steinfurt 48563 Steinfurt



Stadt Steinfurt
Emsdettener Str. 40
48565 Steinfurt

Umwelt- und Planungsamt
Uta Ahrens

Raum A614
Tel. 0 25 51 69-14 75
Fax 0 25 51 69-9 14 10

uta.ahrens@kreis-steinfurt.de

Mein Zeichen

67/5_

09.10.03.01.21_84. FNPÄ

04.03.2022

**84. Flächennutzungsplanänderung (1. Änderung des sachlichen Teilflächennutzungsplanes „Windenergie“);
Stellungnahme gem. § 4 Abs1 BauGB**

Guten Tag Frau Schnieder,

zu der mir vorliegenden Fassung der o.g. Planung nehme ich wie folgt Stellung:

Naturschutz und Landschaftspflege

Grundsätzliche Hinweise

Sind für die Herstellung der Zufahrten oder im Zuge der sonstigen Bautätigkeiten erhebliche und/oder nachhaltige Eingriffe in gem. § 29 BNatSchG i. V. m. § 39 LNatSchG NRW gesetzlich geschützte Landschaftsbestandteile zwingend erforderlich, wird bereits an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass eine Befreiung gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG und in Folge dessen auch die Beteiligung der anerkannten Naturschutzvereinigungen gem. § 66 Abs. 1 Nr. 3c LNatSchG erforderlich wird.

Es wird empfohlen den Artenschutz /Stufe I-III) nach dem Wind Leitfa- den NRW (Kapitel 4.2) auf der Flächennutzungsplanebene vollständig durchzuführen, wenn bereits konkrete Planungen vorliegen. Liegen konkrete Planungen nicht vor, bedarf es lediglich einer Abschätzung, ob artenschutzrechtlich unüberwindbare Vollzugshindernisse entstehen.

Ist das für die Ausweisung vorgesehene Gebiet hingegen artenschutzrechtlich besonders kritisch z.B. bei erforderlichen umfangreichen Maßnahmen oder bei Betroffenheit von Arten, für die keine wirksamen vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen bekannt sind, ist eine tiefergehende Betrachtung bereits auf der Flächennutzungsplanebene erforderlich.

Kreissparkasse Steinfurt | IBAN
DE06 4035 1060 0000 0003 31
BIC WELADED1STF

VR-Bank Kreis Steinfurt eG | IBAN
DE74 4036 1906 4340 3002 00
BIC GENODEM1IBB

Steuernummer
311 / 5873 / 0032 FA ST

USt-IdNummer
DE 124 375 892

Bezüglich der vollständigen Abarbeitung der Artenschutzprüfung (ASP) bei konkret vorliegenden Planungen handelt es sich im Wind Leitfaden lediglich um eine Empfehlung. Daher wird hier nur die Vorgabe des Leitfadens hinsichtlich der Prüfung bei artenschutzrechtlich besonders kritischen Verfahren berücksichtigt.

Erweiterung der Windkonzentrationszone für den Windpark Hollich

Die beigefügten Gutachten Artenschutz, Landschaftspflegerischer Begleitplan und Umweltverträglichkeitsprüfung behandeln jeweils nur die konkreten Genehmigungsplanungen für zwei Windenergieanlagen (WEA 2 und WEA 3). Der Untersuchungsraum für die WEA deckt zwar einen Teilbereich der vorgesehenen Erweiterung der Konzentrationszone für Windenergie für den Bereich Hollich I ab, umfasst aber nicht die gesamten Erweiterungsflächen.

Die Erweiterung Hollich II wird in den vorliegenden Gutachten nicht betrachtet.

Durch die Erweiterung Hollich I werden die Abstände zu CEF-Maßnahmen „Erhaltung der ökologischen Funktion“ für die Arten Kiebitz und Großer Brachvogel unterschritten. Es ist ein Abstand von mindestens 500 m von WEA zu den CEF-Maßnahmen einzuhalten. Die Erweiterung der Konzentrationszone Hollich I ist dem anzupassen.

Zu der Erweiterung Hollich II liegen keine aktuellen Gutachten vor. Ob eine Erweiterung Hollich II in diesem Umfang möglich ist, kann erst nach genaueren Aussagen zum Artenschutz erfolgen. Daher kann eine konkrete Beurteilung erst nach Einreichung der ASP erfolgen.

Erweiterung der Windkonzentrationszone für den Windpark Hagenkamp

Der Erläuterungsbericht verweist hinsichtlich der Artenschutzprüfung auf die vorliegenden ASP im Anhang. Danach seien keine unüberwindbaren Konflikte vorhanden. Es liegt allerdings keine aktuelle Artenschutzprüfung vor. Die vorliegende Prüfung der ASP von 2020 entspricht nicht dem aktuellen Stand. Daher kann eine konkrete Beurteilung erst nach Überarbeitung der ASP erfolgen.

Zudem werden hier Verbotstatbestände für eine Art wirksam, für die nach dem Leitfaden keine wirksamen vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen bekannt sind und somit ein Vollzugshindernis darstellen könnten. Es besteht ein signifikant erhöhtes Kollisionsrisiko für den Wespenbussard. Maßnahmen zur Minimierung dieses Konfliktes durch passive Umsiedlung und Herstellung neuer Habitats gibt der Leitfaden für den Wespenbussard (Kapitel 8.5) nicht vor und werden vom Gutachter aufgrund der Habitatausstattung des Plangebietes auch nicht als wirksam erachtet. Dies würde ein Vollzugshindernis bedeuten.

Daher hat der Vorhabenträger eigenständig eine Maßnahme mit umfangreichen Abschaltzeiten vom 01.05.-31.08. tagsüber vom morgendlichen Beginn bis abendlichen Ende der bürgerlichen Dämmerung entwickelt. Diese Maßnahme entspricht einem „Null-Risiko“ bezüglich der Kollisionswahrscheinlichkeit und würde das Tötungsverbot umgehen. Aufgrund übereinstimmender Gerichtsurteile ist es aber nicht zulässig behördlicherseits ein „Null-Risiko“ zu fordern. Daher sind diese Abschaltmaßnahmen kein Bestandteil im Leitfaden und dürfen von der uNB nicht gefordert werden. Als „wirksam“ werden vorläufig nur die geprüften Maßnahmen des Leitfadens Wirksamkeit von Artenschutzmaßnahmen NRW eingestuft.

Diese Abschaltmaßnahme wurde vom Vorhabenträger entwickelt und in dem Artenschutzbeitrag beschrieben. Sie kann verbindlich in die anschließende Genehmigung aufgenommen werden und somit der Verbotstatbestand der Tötung nach § 44 Abs. 1 BNatSchG vermieden werden. Eine Option für den nachträglichen Einsatz eines Früherkennungssystems (optisch/ per Radar) für Greifvögel mit kombinierter Abschaltung der WEA wird nach Anerkennung der Funktionsfähigkeit durch das Umweltministerium gestattet. Nach hiesiger Kenntnis ist die Anwendung der Systeme aktuell noch nicht ausgereift.

Wenn diese „Null-Risiko Maßnahme“ weiterhin in den zu aktualisierenden Antragsunterlagen bestehen bleibt, bestehen aus der Sicht der uNB artenschutzrechtlich keine Vollzugshindernisse.

Es handelt sich um vorhabenspezifische, eigenständig vom Vorhabenträger entwickelte „Null-Risiko-Maßnahme“, weil es die einzige Möglichkeit für die Projektrealisierung darstellt. Sollte sich hier die Vorhabenträger-Konstellationen ändern und die „freiwillige Maßnahme“ nicht Bestandteil eines Antrages werden, kann die uNB diese Maßnahmen nicht fordern und für die Zone würde ein Vollzugshindernis vorliegen.

Auskunft erteilen Frau Blome/Frau Röckener, Tel.: 02551 69-1463/1432, Herr Niehoff 02551-691448

Wasserwirtschaft

Die Verwertung und der Einbau von mineralischen Stoffen aus industriellen Prozessen und aus Bautätigkeiten (Recycling-Baustoffe) bedarf vor Einbau einer wasserrechtlichen Erlaubnis nach §§ 8, 10 Wasserhaushaltsgesetz. Der Erlaubnisantrag ist rechtzeitig vor Einbau bei der Unteren Wasserbehörde des Kreises Steinfurt einzureichen.

Im Zuge der geplanten Baumaßnahme ist es erforderlich im Bereich von Gewässern neue Zufahrtswege anzulegen, vorhandene Wege auszubauen, Überfahrten neu herzustellen bzw. vorhandene zu verlängern, Gewässerkreuzungen bzw. Parallelverlegungen mit Stromversorgungsleitungen an Gewässern durchzuführen sowie evtl. Übergabestationen zu errichten. Diese Maßnahmen sind nach § 22 Landeswassergesetz (LWG) NRW genehmigungspflichtig. Daher ist rechtzeitig vor Baubeginn ein Antrag nach § 22 LWG NRW in, an, über und unter oberirdischen Gewässern bei der Unteren Wasserbehörde des Kreises Steinfurt einzureichen.

- Bei der Anlegung der Zufahrtswege parallel zu den Gewässern Nr. 1075 (Unterhaltungsverband Frischhofsbach) und Nr. 1043 (Unterhaltungsverband Steinfurter Aa) ist ein Abstand von min 1 m ab vorhandener Böschungsoberkante einzuhalten.
- Bei der temporären Verrohrung des Gewässers 1411 (Unterhaltungsverband Steinfurter Aa), wird auf ein Antragsverfahren verzichtet, wenn die Wiederaufnahme der Rohrleitung (Rückbau) als (Selbst-)Verpflichtung im UVP aufgeführt wird.

Auskunft erteilen Herr Gövert/Frau Rotermund, Tel.: 02551 69-1439/1443

Freundliche Grüße
im Auftrag



Amtsleitung

I/09



Thyssengas GmbH, Postfach 10 40 42, 44040 Dortmund

**Liegenschaften und
Geoinformation/ Dokumentation**

Kreisstadt Steinfurt
Stadtplanung und Bauordnung
Frau Schnieder
Postfach 2480
48553 Steinfurt

Ihre Zeichen 61/Sb
Ihre Nachricht 24.01.2022
Unsere Zeichen B-I-D/An 2022-TÖB-0106
Name Herr Anke
Telefon +49 231 91291-6431
Telefax +49 231 91291-2266
E-Mail leitungsanskunft
@thyssengas.com

Dortmund, 27. Januar 2022

**84. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Steinfurt zur Änderung
des sachlichen und räumlichen Teilflächennutzungsplanes „Windenergie“
zur Ergänzung von Konzentrationszonen
Thyssengasfernleitung L07495, Bl. 6a und 8a, Schutzstreifenbreite 6,0 m**

Sehr geehrte Damen und Herren,

innerhalb der o.g. Bauleitplanung (**Änderungsbereich Nr. 1**) verläuft die im Be-
treff genannte Gasfernleitung L07495 der Thyssengas GmbH. Beigefügt erhalten
Sie die Bestandspläne Blatt Nr. 6a bis 8a im Maßstab 1: 500. Zusätzlich übersen-
den wir Ihnen einen Übersichtsplan im Maßstab 1: 5000.

Im Bereich der Änderungsflächen Nr. 2 und Nr. 3 befinden sich keine Gasfernlei-
tungen unseres Unternehmens.

Die Gasfernleitung L07495 liegt innerhalb eines Schutzstreifens von 6,0 m
(3,0 m links und rechts der Leitungsachse), in dem aufgrund technischer Vor-
schriften bestimmte Nutzungen und Tätigkeiten untersagt sind.

Unter Berücksichtigung gutachtlicher Stellungnahmen im Auftrag des DVGW
(Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V.; technisch wissen-
schaftlicher Verein) sind für Windenergieanlagen (WEA), in Abhängigkeit von de-
ren Abmessung, Abstände von bis zu 35 m zu Gashochdruckleitungen, sowie
Abstände bis zu 365 m zu oberirdischen Anlagen wie z.B. Schieberstationen für
Ferngasleitungen erforderlich.

Das Befahren der Leitungstrasse mit Raupen oder Kettenfahrzeugen oder
sonstigen Lastkraftwagen und Abräummaschinen ist ohne unsere Zustimmung
nicht erlaubt. Erforderlich werdende Überfahrten sind mit uns, der Thyssengas
GmbH, im Vorfeld abzustimmen.

Thyssengas GmbH

Emil-Moog-Platz 13
44137 Dortmund

T +49 231 91291-0
F +49 231 91291-2012
I www.thyssengas.com

Geschäftsführung:
Dr. Thomas Gößmann
(Vorsitzender)
Jörg Kamphaus

Vorsitzender des
Aufsichtsrates:
Prof. Dr.-Ing. Klaus Homann

Sitz der Gesellschaft:
Dortmund
Eingetragen beim
Amtsgericht Dortmund
Handelsregister-Nr.
HRB 21273

Bankverbindung:
Commerzbank Essen
BLZ 360 400 39
Kto.-Nr. 140 290 800
IBAN:
DE64 3604 0039 0140 2908 00
BIC: COBADEFF360

USt.-IdNr. DE 119497635

Seite 2

Der Ausbau evtl. Zufahrtswege muss im Bereich der Leitungstrassen den Belastungsklassen SLW 30 bzw. SLW 60 entsprechen. Die laut DVGW Arbeitsblatt G 463 geforderte Mindestüberdeckung von 1,0 m ist zwingend einzuhalten. Gleichzeitig muss im Rahmen eines eventuell geplanten Oberbodenabtrages im Bereich geplanter Zuwegungen ein Erdpolster von mindestens 0,5 m gewährleistet sein. Eine eventuelle Ausbauplanung ist im Vorfeld mit uns, der Thyssengas GmbH abzustimmen.

Baustelleneinrichtungen oder das Lagern von Bauelementen sind im Leitungsschutzstreifen nicht gestattet.

Eventuell geplante neue Baumstandorte sind gemäß DVGW Merkblatt GW 125 (M) sowie des Merkblattes der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen e.V. FGSV Nr. 939 mit Blick auf die weitere Entwicklung des Stammdurchmessers zu wählen. Um die Gasfernleitungen vor Beeinträchtigungen durch Wurzelwuchs zu schützen und eine gefähndungsfreie Lebensdauer der Bäume zu gewährleisten, sollte der Abstand von 5,0 m zwischen Leitungsaußenkante und Stammachse nicht unterschritten werden.

Wir bitten Sie unsere Gasfernleitung L07495 im Flächennutzungsplan nachrichtlich darzustellen und in der textlichen Begründung auf unsere Leitung hinzuweisen.


Des Weiteren bitten wir Sie, das beiliegende Merkblatt für die Aufstellung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen und unsere allgemeine Schutzanweisung für Gasversorgungsleitungen der Thyssengas GmbH zu berücksichtigen.

Die von uns überlassenen Unterlagen sind nur für Planungszwecke zu verwenden. Eine Weitergabe an Dritte darf nicht erfolgen.

Für weitere Informationen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Thyssengas GmbH


i. V. Heyen


i. V. Anke

Anlagen

Merkblatt 60.6

Berücksichtigung von unterirdischen Gasfernleitungen bei der Aufstellung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen

Die Gasfernleitungen dienen der öffentlichen Energieversorgung. Sie sind bei der Aufstellung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen und bei den sich daraus ergebenden Folgemaßnahmen zu berücksichtigen.

In vielen Fällen verläuft ein Begleitkabel parallel zu den Leitungen in unterschiedlichen Abständen und geringer Überdeckung. Bestimmte Leitungsarmaturen treten an die Erdoberfläche und sind durch Straßenkappen geschützt.

Gegen Außenkorrosion sind die Leitungen kathodisch geschützt.

Die Leitungen und Kabel liegen innerhalb eines Schutzstreifens, der 2 bis 15 m breit sein kann. Leitungsverlauf, zutreffende Schutzstreifenbreite und weitere Einzelheiten ergeben sich aus unseren Betriebsplänen.

Leistungsrechte für unsere Gasfernleitungen bestehen grundsätzlich in Form von beschränkten persönlichen Dienstbarkeiten (§§ 1090 ff. BGB), die im Grundbuch eingetragen sind, bzw. in schuldrechtlichen Verträgen.

Berühren die Flächennutzungs- und Bebauungspläne oder die sich aus Ihnen ergebenden Folgemaßnahmen den Schutzstreifen, bitten wir, folgende Punkte zu beachten:

1. Der Verlauf der Gasfernleitung ist mit entsprechender Signatur in den Bebauungsplan zu übernehmen. Lagepläne – wenn erforderlich mit Einmessungszahlen – werden bei Bedarf zur Verfügung gestellt, oder die Leitungen werden von uns in eine Kopie des Bebauungsplanes einkartiert. In der Legende des Planes, oder an sonst geeigneter Stelle, ist auf die jeweilige Schutzstreifenbreite hinzuweisen.

2. Grundsätzlich nicht zulässig sind innerhalb des Schutzstreifens – die Errichtung von Gebäuden aller Art sowie Mauern parallel über bzw. unmittelbar neben den Gasfernleitungen. Oberflächenbefestigungen in Beton, Dauerstellplätze z.B. für Campingwagen, Verkaufswagen usw., sowie das Lagern von schwertransportablem Material. – sonstige Einwirkungen, die den Bestand oder den Betrieb der Leitung gefährden oder beeinträchtigen.

3. Niveauänderungen im Schutzstreifen dürfen nur mit unserer besonderen Zustimmung vorgenommen werden.

4. Zur Vermeidung unzulässiger Einwirkungen bitten wir außerdem, die Anlage von kreuzenden oder parallel führenden Straßen, Wegen, Kanälen, Rohrleitungen, Kabeln, Hochspannungsfreileitungen und Gleichstromleitungen, sofern eine Leitungsbeeinflussung nicht ausgeschlossen werden kann, rechtzeitig mit uns abzustimmen.

Merkblatt 60.6

Berücksichtigung von unterirdischen Gasfernleitungen bei der Aufstellung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen

5. Vor Beginn von Baumaßnahmen in Leitungsnähe – auch außerhalb des Schutzstreifens – bitten wir, uns in jedem Falle zu benachrichtigen, damit erforderlichenfalls die Lage der Leitung und des Kabels sowie die mit der Leitung verbundenen oberirdischen Armaturen durch uns in der Örtlichkeit angezeigt werden können (besonders wichtig bei Einsatz von Raupenfahrzeugen).

6. Der Schutzstreifen kann landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzt werden. Dabei darf Strauchwerk bis zu 2,0 m Höhe in solchen Abständen gepflanzt werden, dass auf Dauer Kontrollbegehungen der Leitungstrasse ohne Beeinträchtigungen möglich sind. Eventuell geplante Baumstandorte sind gem. DVGW Merkblatt GW 125 (M) sowie des Merkblattes der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen e.V. FGSV Nr. 939 mit Blick auf die weitere Entwicklung des Stammdurchmessers zu wählen. Um die Gasfernleitung vor Beeinträchtigungen durch Wurzelwuchs zu schützen und eine gefährdungsfreie Lebensdauer der Bäume zu gewährleisten, sollte der Abstand von 5,0 m zwischen Leitungsaußenkante und Stammachse nicht unterschritten werden.

7. Wir bitten, uns – im beiderseitigen Interesse – bereits bei der Planung über alle Maßnahmen und Vorhaben an oder innerhalb des Schutzstreifens zu unterrichten, damit Schutzmaßnahmen rechtzeitig vereinbart werden können.

Wir verweisen insoweit als Träger öffentlicher Belange auf § 4 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004, I 2414; zuletzt geändert durch Art. 4 G vom 31.07.2009, I 2585.

Thyssengas GmbH

Liegenschaften und Geoinformationen, Dokumentation

44137 Dortmund

Emil-Moog-Platz 13

T +49 231 91291-2277

F +49 231 91291-2266

E leitungsauskunft@thyssengas.com

I www.thyssengas.com

Allgemeine Schutzanweisung für Gasfernleitungen (inkl. Begleitkabel) der Thyssengas GmbH (TG)



ALLGEMEINES

Gasfernleitungen dienen der öffentlichen Energieversorgung. Die Leitungen der TG haben einen Durchmesser bis maximal DN 1000 und werden mit einem Druck von bis zu DP 84 bar betrieben. Neben der Leitungen verläuft teilweise ein Begleitkabel in unterschiedlichen Abständen und teilweise mit geringerer Überdeckung.

Damit der Bestand und der Betrieb der Leitungen nicht gefährdet bzw. behindert werden, muss die TG vor allen Baumaßnahmen im Bereich der Versorgungsanlagen rechtzeitig informiert werden. Der Bauausführende muss über aktuell bereitgestellte Bestandspläne zu den Gasfernleitungen der TG verfügen.

Das DVGW-Arbeitsblatt GW 315 (A) (Maßnahmen zum Schutz von Versorgungsanlagen bei Bauarbeiten) ist zu beachten. (Bezugsquelle: Wirtschafts- und Verlagsgesellschaft Gas und Wasser mbH, Postfach 14 01 51, 53056 Bonn)

Es wird hiermit ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die in den Plänen enthaltenen Angaben und Maßzahlen hinsichtlich Lage und Verlegungstiefe unverbindlich sind. Mit Abweichungen muss gerechnet werden. Darüber hinaus darf auf Grund von Erdbewegungen auf die das Versorgungsunternehmen keinen Einfluss hat, auf eine Angabe zur Überdeckung nicht vertraut werden. Die genaue Lage und der Verlauf der Leitungen sind in jedem Fall durch fachgerechte Erkundungsmaßnahmen (Querschläge, Suchschlitze, Handschachtung o.a.) in Abstimmung mit unserer Betriebsstelle festzustellen. Die abgegebenen Pläne geben den Bestand zum Zeitpunkt der Auskunftserteilung wieder. Es ist darauf zu achten, dass zu Beginn der Bauphase immer aktuelle Pläne vor Ort vorliegen. Die Auskunft gilt nur für eigene Leitungen der TG, so dass ggf. noch mit Anlagen anderer Versorgungsunternehmen gerechnet werden muss, bei denen weitere Auskünfte eingeholt werden müssen. Die Entnahme von Maßen durch Abgreifen aus dem Plan ist nicht zulässig. Stillgelegte Leitungen der TG sind unter Umständen in den Plänen nicht dargestellt, können in der Örtlichkeit jedoch vorhanden sein. Der Bauunternehmer hat eine fachkundige Aufsicht zu stellen, während der Bauzeit zugänglich und betriebsbereit gehalten werden.

1. Gasfernleitungen sind durch Handschachtung freizulegen. Der Einsatz von Baumaschinen im Bereich unserer Anlagen ist nur dann gestattet, wenn eine Gefährdung auszuschließen ist. Freigelegte Gasfernleitungen sind vor Beschädigung zu schützen und zu sichern.

2. Werden bei Bauarbeiten trotz Handschachtung unvermittelt Gasfernleitungen oder Trassenwarnbänder der z.B. WVG / VEW / RWE / Thyssengas gefunden, so sind die Arbeiten an diesem Ort sofort einzustellen und die zuständige Betriebsstelle zu verständigen.

3. Jede Beschädigung einer Gasfernleitung, auch die der Rohrumhüllung oder eines Kabels, ist wegen der unabsehbaren Folgeschäden unverzüglich unserer ständig besetzte Leitzentrale unter der Rufnummer 0800 0 010345 zu melden. Aus Sicherheitsgründen sind die Arbeiten im Bereich der Schadstelle einzustellen, bis der Schaden durch unsere Fachleute begutachtet worden ist und die Arbeiten wieder freigegeben werden. Zum Zwecke der Kontrolle bzw. der Beseitigung von Beschädigungen durch TG darf die Baugrube nicht verfüllt werden.

4. **Wird versehentlich die Umhüllung der von uns überwachten Gasfernleitungen beschädigt, werden diese Schäden grundsätzlich unentgeltlich durch uns beseitigt.**

5. Zum Zeitpunkt des Betretens der Baugrube durch TG-Personal bzw. durch ein von TG beauftragtes Unternehmen, hat die Baugrube den einschlägigen Berufsgenossenschaftlichen Vorschriften zu entsprechen.

6. Bei ausströmendem Erdgas besteht die Gefahr der Entzündung; daher sofort

- Leitzentrale unter Telefon **0800 0 010345** unverzüglich informieren
- alle Baumaschinen und Fahrzeugmotoren abstellen
- Funkenbildung vermeiden, nicht rauchen, kein Feuer anzünden
- angrenzende Gebäude auf möglichen Gaseintritt prüfen, ggf. Türen und Fenster öffnen, keine elektrischen Anlagen (hierzu gehören u. a. Lichtschalter) bedienen
- Gefahrenbereich räumen, weiträumig absichern und Zutritt unbefugter Personen verhindern

7. Vor dem Wiederverfüllen freigelegter Gasfernleitungen ist der örtlich zuständige Ansprechpartner der TG zu informieren. Dabei sind Gasfernleitungen und Kabel vor jeglicher Beschädigung durch eine Sandbettung bzw. gleichwertigem Material zu schützen. Entfernte Trassenwarnbänder sind wieder einzubauen. Die vorgefundenen Straßenkappen, Steine und Pflasterungen sind entsprechend der Anweisung unserer Mitarbeiter ordnungsgemäß wieder einzubauen. Im Bereich von Verkehrsflächen ist die „ZTV A-StB 12“ (Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Aufgrabungen in Verkehrsflächen) der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen in der gültigen Ausgabe zu beachten.

8. Für Arbeiten im Leitungsbereich gilt:

A. Nicht zulässig im Schutzstreifen sind:

- Oberflächenbefestigung in Beton.
- Erarbeiten mit Maschinen unter einem Mindestabstand von 1 m neben und 0,5 m über der Leitung.
- Gebäude* 1, Überdachungen und sonstige bauliche Anlagen sowie Fundamente.
- Schachtbauwerke (Kanal-, Kabelschächte usw.)
- Dauerstellplätze (z.B. Camping- und Verkaufswagen) sowie Festzelte.
- Baustelleneinrichtungen (z.B. Baucontainer) und das Lagern von schwertransportablen Materialien.
- Versickerungsmulden und Entwässerungsgräben.
- Bohrungen und Sondierungen.
- Futtermieten und Futtersilos.
- Einleiten von aggressiven Flüssigkeiten ins Erdreich und das Lagern von chemisch aggressiven Produkten.
- Oster-, Martins- und sonstige Großfeuer
- Sonstige Einwirkungen, die den Bestand oder den Betrieb beeinträchtigen oder gefährden.

*1§ 2 Abs. 2 der Bauordnung NRW definiert Gebäude als „selbständig benutzbare, überdachte bauliche Anlagen (mit dem Erdboden verbundene, aus Baustoffen und Bauteilen hergestellte Anlagen, § 2 Abs. 1 Bauordnung), die von Menschen betreten werden können und geeignet oder bestimmt sind, dem Schutz von Menschen, Tieren oder Sachen zu dienen“.

Allgemeine Schutzanweisung für Gasfernleitungen (inkl. Begleitkabel) der Thyssengas GmbH (TG)



B. Genehmigungspflichtig sind:

- B1. In Zwangslagen sind Schutzmaßnahmen abzustimmen (z.B. bei Schachtbauwerk, Kanal-, Kabelschacht, Fundament o.ä.).
- B2. Landwirtschaftliche Bodenbearbeitungsmaßnahmen, wie z. B. Tiefenlockerungen und Tiefpflügen, die eine Tiefe von 0,5 m überschreiten.
- B3. Befahren mit schweren Baufahrzeugen bei unbefestigter Oberfläche.
- B4. Verlegen von Leitungen, Kanälen, Kabeln und Drainagen.
Die lichten Abstände sind unter Berücksichtigung der Leitungsdurchmesser, der örtlichen und technischen Gegebenheiten und der betrieblichen Belange festzulegen. Bei längeren Parallelführungen sind besondere Vereinbarungen (z. B. größere Abstände oder Interessenabgrenzungsvertrag) notwendig.
- B5. Bohr-Spül-, Inlining-, Injektion- oder Berstlining-Verfahren o.ä. im Zuge von Leitungsverlegungen bzw. Leitungssanierungen.
- B6. Errichten von Park-, Sport-, Tennisplätzen oder ähnliches.
- B7. Bauen bzw. Ausbau von Straßen, Zuwegung und temporären Baustraßen.
Unter Berücksichtigung der zu erwartenden Verkehrslast (SLW 30 bzw. SLW 60 nach DIN 1072) sind diese so herzustellen, dass Setzungen der Gasfernleitung ausgeschlossen sind.
- B8. Einbringen von Behältern jeglicher Art (z. B. Öltanks, Regenwassertanks).
- B9. Rammarbeiten. Schwingungsmessungen sind erforderlich.
- B10. Falls die max. zulässige resultierende Schwingungsgeschwindigkeit $V < 30 \text{ mm/sec}$ überschritten wird, sind Maßnahmen zur Reduzierung der Schwingungsgefährdung vorzusehen.
- B10. Bodenab- und -auftrag, Bodenlagerungen, Aufgrabungen sowie das Anlegen von Böschungen.
- B11. Erarbeiten mit Maschinen.
- B12. Errichten von Zäunen und Mauern sowie Pflanzen von Hecken, wenn diese die Leitung kreuzen oder längs der Leitung verlaufen.
- B13. Anlegen von stehenden und fließenden Gewässern.
- B14. Querschläge / Suchschlitze in Handschachtung.
- B15. Lärmschutzwand und Schutzplanken.
- B16. Bau und Abbruch von Hochspannungsfreileitungen.
- B17. Windenergieanlagen.
- B18. Stein-, Braunkohle- und Salzbergbau sowie Abbau von Bims, Kies, Sand und Ton.
- B19. Abbrucharbeiten und Sprengungen.

C. Zulässig sind:

- C1. Die landwirtschaftliche und gärtnerische Nutzung.
- C2. Befahren mit landwirtschaftlichen Fahrzeugen aller Art.
- C3. Landwirtschaftliche Bodenbearbeitung bis zu einer Tiefe von 0,5 m.
- C4. Waldbestände und Einzelbäume mit einem Abstand $> 5 \text{ m}$ beiderseits der Leitungsaußenkanten. Die Standorte sind mit Blick auf die weitere Entwicklung des Stammdurchmessers zu wählen. Vor Ausführung ist eine Abstimmung mit uns erforderlich.
- C5. Strauchwerk bis 2 m Höhe in solchem Abstand, dass Inspektionen, Messungen und sonstige Maßnahmen ohne Beeinträchtigungen möglich sind.
- C6. Nicht ganzjährig aufgestellte, mobile Pools. Dauerhaft aufgestellte Pools sind genehmigungspflichtig.

D. Grundsätzlich gilt für Arbeiten im Bereich von Gasfernleitungen:

- D1. Kappen von Armaturen müssen jederzeit frei zugänglich sein. Weder durch Baumaterial noch durch Baufahrzeuge darf der Zugang behindert werden.
- D2. Schilderpfähle mit Messeinrichtungen (SMK/MG) müssen während der Bauarbeiten gesondert gesichert werden, da von ihnen Kabelanschlüsse zur Gasfernleitung führen. Einzelheiten sind abzustimmen.
- D3. Riechrohrgarnituren, die während der Baumaßnahme entfernt wurden, sind dem neuen Niveau anzupassen und wieder zu setzen. Einzelheiten sind abzustimmen.
- D4. Leitungsmarkierungen (Schilderpfähle, Merksteine und Marken) sind auf den jetzigen Standorten zu belassen. In Zwangslagen ist eine Abstimmung erforderlich.

VERHALTEN IM SCHADENFALL

Bei ausströmendem Erdgas besteht die Gefahr der Entzündung

Vorläufige Maßnahmen an der Schadenstelle

Verständigung der Leitzentrale - Tel.-Nr.: 0800 0 010345

Absperren der Schadenstelle in größerem Umkreis (20 bis 500 m), je nach Stärke des Gasaustrittes und Windverhältnissen



Personen aus dem Nahbereich entfernen, welche starken Schallmissionen ausgesetzt sind.
Retter sollen Gehörschutz tragen.



Innerhalb der Absperrrzone dürfen sich keine Zündquellen befinden, kein Autoverkehr, kein offene Feuer, Rauchverbot, kein Handy

Offene Feuer löschen.

Löscharbeiten können sich nur auf die Umgebung beschränken.

Eventuell Räumen gasgefährdeter Wohn- oder Betriebsgebäude von Personen.
Nach Möglichkeit keine elektrischen Schalter betätigen.

Abwarten des Einsatztrupps der Thyssengas GmbH

Das Absperren von Schiebern der Gasfernleitungen darf grundsätzlich nur durch den Einsatztrupp der Thyssengas GmbH oder deren Bevollmächtigte, sowie auf ausdrückliche Anweisung vorgenommen werden. Kontakt halten über Telefon mit der Leitzentrale bzw. der Betriebsabteilung.

Löschen des brennenden Gases durch Thyssengas oder Feuerwehr

60.52 Datenschutzinformationen zur Netzauskunft und Einweisung von Fremdfirmen



Wir bei der Thyssengas nehmen den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten sehr ernst. Ihre Privatsphäre ist für uns ein wichtiges Anliegen. Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Einklang mit den jeweils anwendbaren gesetzlichen Datenschutzanforderungen zu den nachfolgend aufgeführten Zwecken. Personenbezogene Daten im Sinne dieser Datenschutzinformation sind sämtliche Informationen, die einen Bezug zu Ihrer Person aufweisen.

Verantwortlicher

Thyssengas GmbH
Email-Moog-Platz 13, 44137 Dortmund
datenschutz@thyssengas.com

Datenschutzbeauftragter

Thyssengas GmbH
datenschutz@thyssengas.com

Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung von Daten im Rahmen der Netzauskunft und Einweisung von Fremdfirmen ist das berechnete Interesse der Thyssengas, die Einhaltung der in §49 (1) EnWG geforderten allgemein anerkannten Regeln der Technik nachweisen zu können.

Zweck der Verarbeitung

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten ist Bestandteil der Dokumentation einer erfolgten Informationsbereitstellung (Planwerk, Auflagen und Sicherungsmaßnahmen). Ebenso die Identifizierbarkeit im Falle eines sicherheitsrelevanten Vorfalles.

Empfänger der Daten

Es erhalten diejenigen Stellen Zugriff auf Ihre Daten, die diese zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten benötigen. Dazu gehören auch die von uns beauftragten Dienstleister. Selbstverständlich werden diese Empfänger auf die Einhaltung unserer datenschutzrechtlichen und sicherheitstechnischen Anforderungen verpflichtet. Darüber hinaus erhalten Dritte grundsätzlich keinen Zugriff zu Ihren Daten, es sei denn es liegt eine Rechtsgrundlage vor. Dies ist insbesondere der Fall, wenn gesetzliche Vorschriften uns zur Weitergabe verpflichten oder eine Einwilligung Ihrerseits vorliegt.

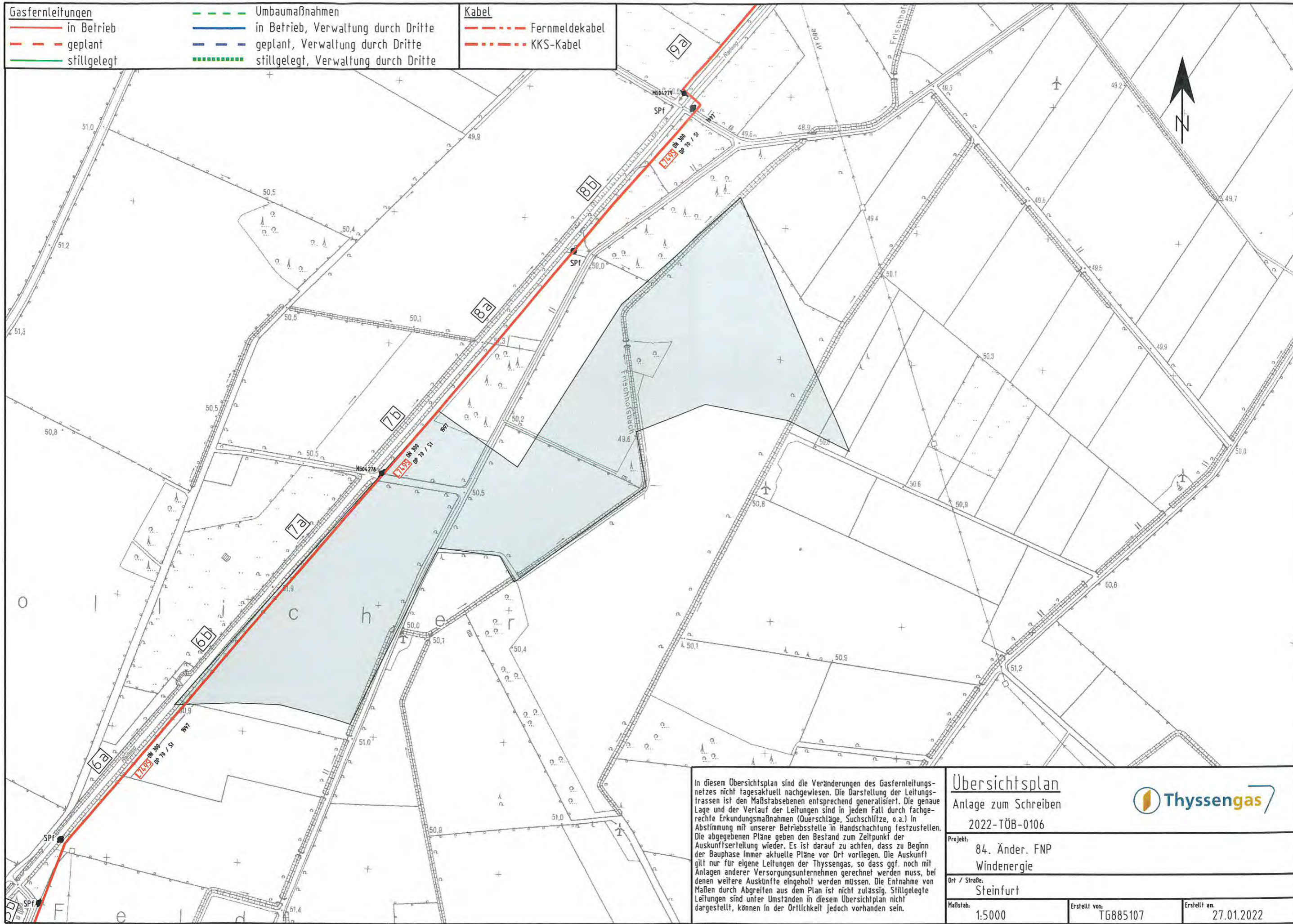
Thyssengas lässt einzelne Aufgaben und Serviceleistungen durch sorgfältig ausgewählte und beauftragte (IT-) Dienstleister ausführen, welche ihren Sitz innerhalb der EU haben. Eine Datenübermittlung in Länder außerhalb der EU findet nicht statt.

Dauer der Speicherung

Nicht mehr benötigte Daten werden von uns unverzüglich gelöscht, sofern dem keine gesetzlichen Aufbewahrungsfristen oder andere sachliche Gründe entgegenstehen.

Ihre Rechte

- Auskunft, Berichtigung, Löschung etc.: Gerne geben wir Ihnen Auskunft darüber, ob und welche personenbezogenen Daten von Ihnen bei uns gespeichert sind und an wen wir diese ggf. weitergegeben haben. Nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen können Sie folgende weitere Rechte geltend machen: Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung (Sperrung für bestimmte Zwecke) sowie Datenübertragung.
- Widerspruchsrecht gegen Direktwerbung, etc.: Sofern wir eine Verarbeitung von Daten auf Grundlage der sog. Interessenabwägung vornehmen, haben Sie jederzeit das Recht aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, gegen diese Verarbeitung Widerspruch einzulegen. Insbesondere haben Sie das Recht, Widerspruch gegen die Verarbeitung zu Werbezwecken einzulegen.
- Widerrufsrecht: Sofern Sie uns eine gesonderte Einwilligung für die Verarbeitung Ihrer Personenbezogenen Daten erteilt haben, können Sie diese jederzeit uns gegenüber widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung Ihrer Daten bis zum Widerruf bleibt von einem Widerruf unberührt.
- Fragen oder Beschwerden: Sie haben das Recht, sich bei Fragen oder Beschwerden an die zuständige Aufsichtsbehörde zu wenden. Eine Übersicht über die Landesdatenschutzbeauftragten mit ihren Kontaktinformationen finden Sie auf der folgenden Webseite der Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit: https://www.bfdi.bund.de/DE/Infothek/Anschriften_Links/anschriften_links-node.html



- Gasfernleitungen**
- in Betrieb
 - geplant
 - stillgelegt
- Umbaumaßnahmen**
- in Betrieb, Verwaltung durch Dritte
 - geplant, Verwaltung durch Dritte
 - stillgelegt, Verwaltung durch Dritte

- Kabel**
- Fernmeldekabel
 - KKS-Kabel

In diesem Übersichtsplan sind die Veränderungen des Gasfernleitungsnetzes nicht tagesaktuell nachgewiesen. Die Darstellung der Leitungstrassen ist den Maßstabsebenen entsprechend generalisiert. Die genaue Lage und der Verlauf der Leitungen sind in jedem Fall durch fachgerechte Erkundungsmaßnahmen (Querschläge, Suchschlitze, o.ä.) in Abstimmung mit unserer Betriebsstelle in Handschachtung festzustellen. Die abgegebenen Pläne geben den Bestand zum Zeitpunkt der Auskunftserteilung wieder. Es ist darauf zu achten, dass zu Beginn der Bauphase immer aktuelle Pläne vor Ort vorliegen. Die Auskunft gilt nur für eigene Leitungen der Thyssengas, so dass ggf. noch mit Anlagen anderer Versorgungsunternehmen gerechnet werden muss, bei denen weitere Auskünfte eingeholt werden müssen. Die Entnahme von Maßen durch Abgreifen aus dem Plan ist nicht zulässig. Stillgelegte Leitungen sind unter Umständen in diesem Übersichtsplan nicht dargestellt, können in der Örtlichkeit jedoch vorhanden sein.

Übersichtsplan

Anlage zum Schreiben
2022-TÖB-0106

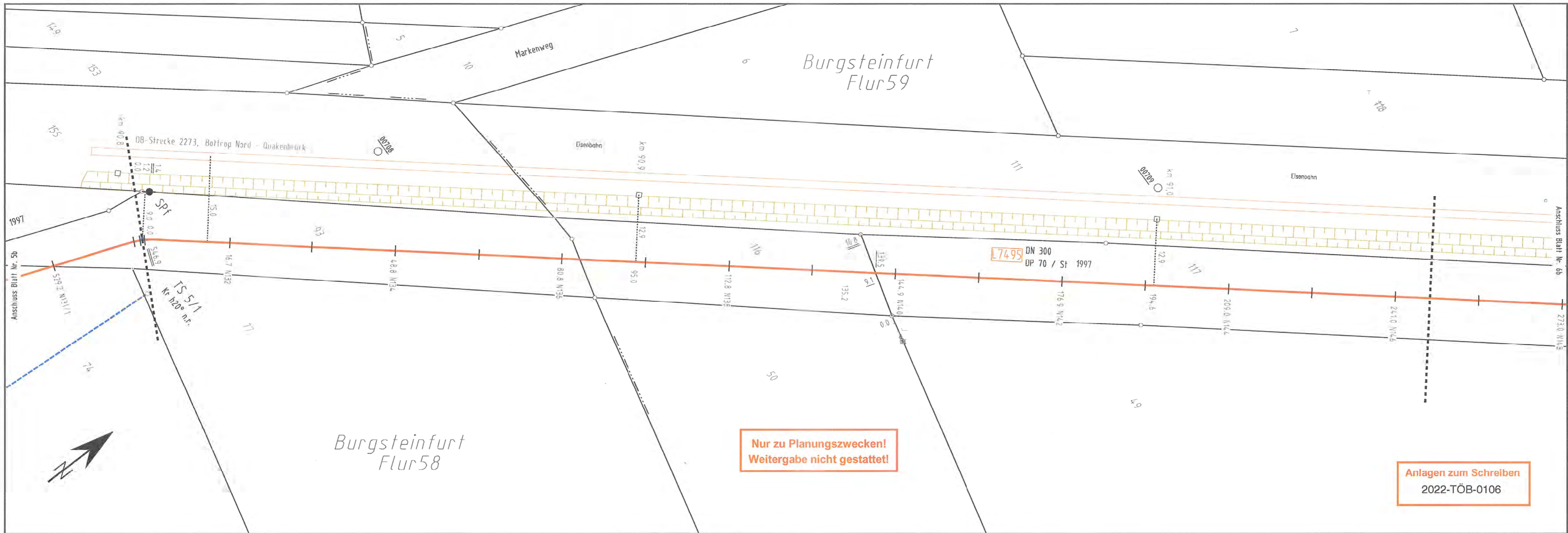
Projekt:
84. Änder. FNP
Windenergie

Ort / Straße:
Steinfurt

Maßstab:
1:5000

Erstellt von:
TG885107

Erstellt am:
27.01.2022



Es wird hiermit ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die in den Plänen enthaltenen Angaben und Maßzahlen hinsichtlich Lage und Verlegungstiefe unverbindlich sind. Mit Abweichungen muss gerechnet werden. Darüber hinaus darf auf Grund von Erdbewegungen auf die das Versorgungsunternehmen keinen Einfluss hat, auf eine Angabe zur Überdeckung nicht vertraut werden. Die genaue Lage und der Verlauf der Leitungen sind in jedem Fall durch fachgerechte Erkundungsmaßnahmen (Querschläge, Suchschlitze, o.ä.) in Abstimmung mit unserer Betriebsstelle in Handschachtung festzustellen. Die abgegebenen Pläne geben den Bestand zum Zeitpunkt der Auskunftserteilung wieder. Es ist darauf zu achten, dass zu Beginn der Bauphase immer aktuelle Pläne vor Ort vorliegen. Die Auskunft gilt nur für eigene Leitungen der Thyssengas, so dass ggf. noch mit Anlagen anderer Versorgungsunternehmen gerechnet werden muss, bei denen weitere Auskünfte eingeholt werden müssen. Die Entnahme von Maßen durch Abgreifen aus dem Plan ist nicht zulässig. Stillgelegte Leitungen sind unter Umständen in den Plänen nicht dargestellt, können in der Örtlichkeit jedoch vorhanden sein.



Leitungsbezeichnung:
H-Gas - Anschluß Rheine

Kreis: Steinfurt

Gemeinde: Steinfurt

Gemarkung: Burgsteinfurt

Flur: 58, 59

Leistungsnummer: L07495

Blattnummer: 6a

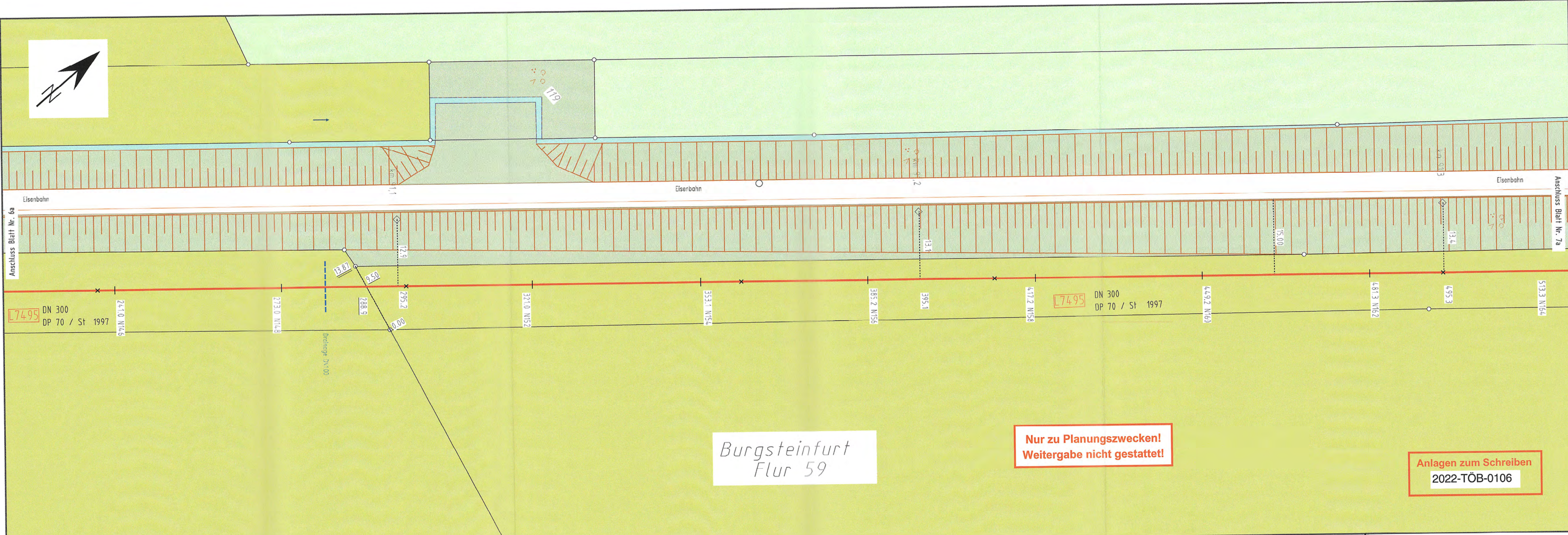
Prüfdruck: 105 bar

Maßstab: 1:500


erstmalige Druckprüfung: 24.07.1997

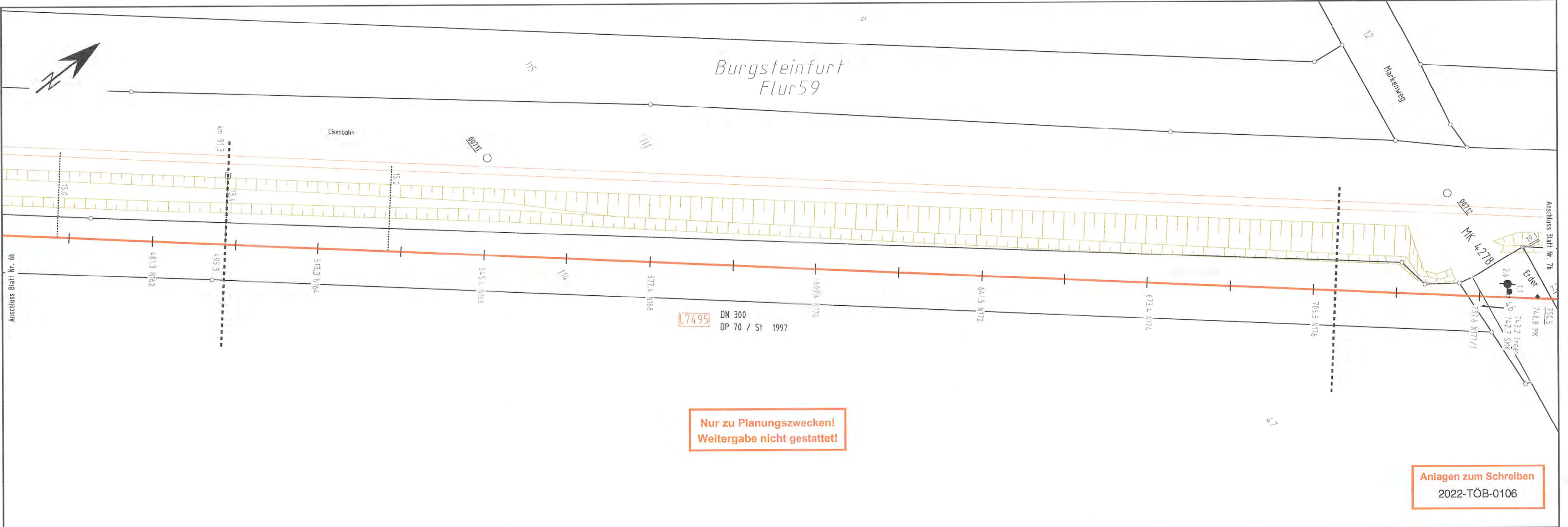
Aktualitätsstand: 04.03.2013

Schutzstreifenbreite: 6 m



Es wird hiermit ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die in den Plänen enthaltenen Angaben und Maßzahlen hinsichtlich Lage und Verlegungstiefe unverbindlich sind. Mit Abweichungen muss gerechnet werden. Darüber hinaus darf auf Grund von Erdbewegungen auf die das Versorgungsunternehmen keinen Einfluss hat, auf eine Angabe zur Überdeckung nicht vertraut werden. Die genaue Lage und der Verlauf der Leitungen sind in jedem Fall durch fachgerechte Erkundungsmaßnahmen (Querschläge, Suchschlitze, o.ä.) in Abstimmung mit unserer Betriebsstelle in Handschachtung festzustellen. Die abgegebenen Pläne geben den Bestand zum Zeitpunkt der Auskunftserteilung wieder. Es ist darauf zu achten, dass zu Beginn der Bauphase immer aktuelle Pläne vor Ort vorliegen. Die Auskunft gilt nur für eigene Leitungen der Thyssengas, so dass ggf. noch mit Anlagen anderer Versorgungsunternehmen gerechnet werden muss, bei denen weitere Auskünfte eingeholt werden müssen. Die Entnahme von Maßen durch Abgreifen aus dem Plan ist nicht zulässig. Stillgelegte Leitungen sind unter Umständen in den Plänen nicht dargestellt, können in der Örtlichkeit jedoch vorhanden sein.

 Leitungsbezeichnung: H-Gas - Anschluß Rheine Kreis: Steinfurt Gemeinde: Steinfurt Gemarkung: Burgsteinfurt Flur: 59	Leitungsnummer:	L07495
	Blattnummer:	6b
	Prüfdruck:	105 bar
	Maßstab:	1:500
	erstmalige Druckprüfung:	24.07.1997
	Aktualitätsstand:	25.02.2019
		Schutzstreifenbreite: 6 m

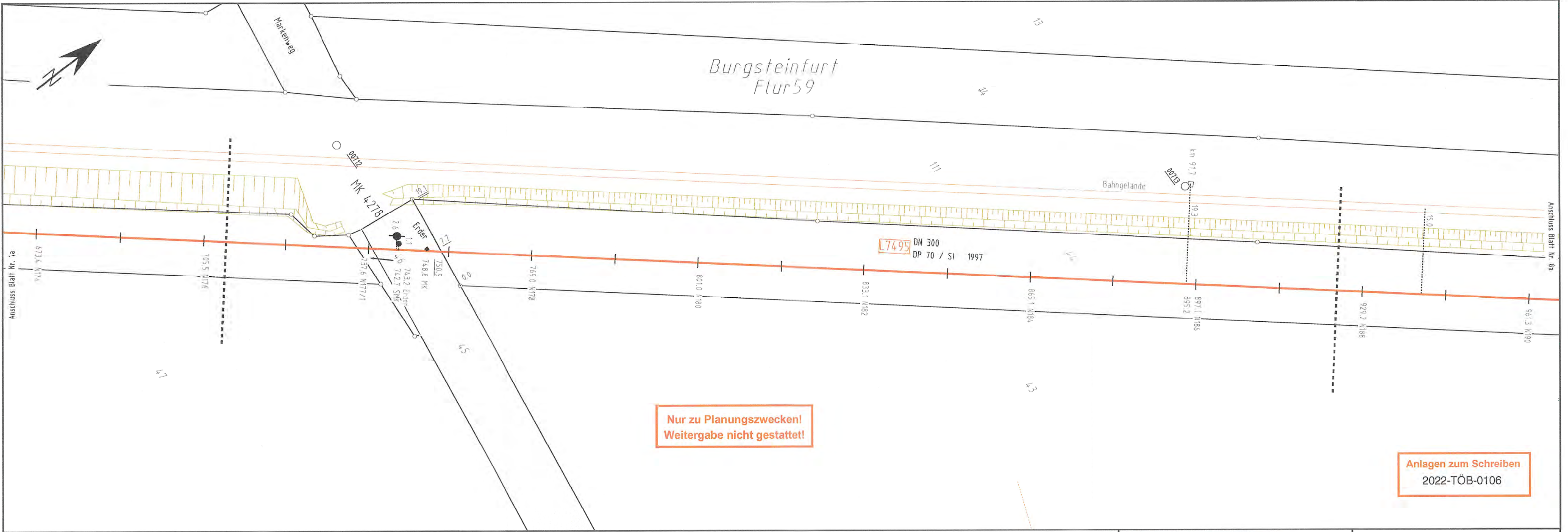


Es wird hiermit ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die in den Plänen enthaltenen Angaben und Maßzahlen hinsichtlich Lage und Verlegungstiefe unverbindlich sind. Mit Abweichungen muss gerechnet werden. Darüber hinaus darf auf Grund von Erdbewegungen auf die das Versorgungsunternehmen keinen Einfluss hat, auf eine Angabe zur Überdeckung nicht vertraut werden. Die genaue Lage und der Verlauf der Leitungen sind in jedem Fall durch fachgerechte Erkundungsmaßnahmen (Querschläge, Suchschlitze, o.ä.) in Abstimmung mit unserer Betriebsstelle in Handschachtung festzustellen. Die abgegebenen Pläne geben den Bestand zum Zeitpunkt der Auskunftserteilung wieder. Es ist darauf zu achten, dass zu Beginn der Bauphase immer aktuelle Pläne vor Ort vorliegen. Die Auskunft gilt nur für eigene Leitungen der Thyssengas, so dass ggf. noch mit Anlagen anderer Versorgungsunternehmen gerechnet werden muss, bei denen weitere Auskünfte eingeholt werden müssen. Die Entnahme von Maßen durch Abgreifen aus dem Plan ist nicht zulässig. Stillgelegte Leitungen sind unter Umständen in den Plänen nicht dargestellt, können in der Örtlichkeit jedoch vorhanden sein.



Leitungsbezeichnung:
H-Gas - Anschluß Rheine
Kreis: Steinfurt
Gemeinde: Steinfurt
Gemarkung: Burgsteinfurt
Flur: 59

Leitungsnummer: L07495
Blattnummer: 7a
Prüfdruck: 105 bar
Maßstab: 1:500
erstmalige Druckprüfung: 24.07.1997
Aktualitätsstand: 04.03.2013
Schutzstreifenbreite: 6 m



Es wird hiermit ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die in den Plänen enthaltenen Angaben und Maßzahlen hinsichtlich Lage und Verlegungstiefe unverbindlich sind. Mit Abweichungen muss gerechnet werden. Darüber hinaus darf auf Grund von Erdbewegungen auf die das Versorgungsunternehmen keinen Einfluss hat, auf eine Angabe zur Überdeckung nicht vertraut werden. Die genaue Lage und der Verlauf der Leitungen sind in jedem Fall durch fachgerechte Erkundungsmaßnahmen (Querschläge, Suchschlitze, o.ä.) in Abstimmung mit unserer Betriebsstelle in Handschachtung festzustellen. Die abgegebenen Pläne geben den Bestand zum Zeitpunkt der Auskunftserteilung wieder. Es ist darauf zu achten, dass zu Beginn der Bauphase immer aktuelle Pläne vor Ort vorliegen. Die Auskunft gilt nur für eigene Leitungen der Thyssengas, so dass ggf. noch mit Anlagen anderer Versorgungsunternehmen gerechnet werden muss, bei denen weitere Auskünfte eingeholt werden müssen. Die Entnahme von Maßen durch Abgreifen aus dem Plan ist nicht zulässig. Stillgelegte Leitungen sind unter Umständen in den Plänen nicht dargestellt, können in der Örtlichkeit jedoch vorhanden sein.

<div>Thyssengas</div> <div>ERDGASLOGISTIK</div> <div>Leitungsbezeichnung: H-Gas - Anschluß Rheine</div> <div>Kreis: Steinfurt</div> <div>Gemeinde: Steinfurt</div> <div>Gemarkung: Burgsteinfurt</div> <div>Flur: 59</div>	Leitungsnummer:	L07495
	Blattnummer:	7b
	Prüfdruck:	105 bar
	Maßstab:	1:500
	erstmalige Druckprüfung:	24.07.1997
	Aktualitätsstand:	04.03.2013
	Schutzstreifenbreite:	6 m

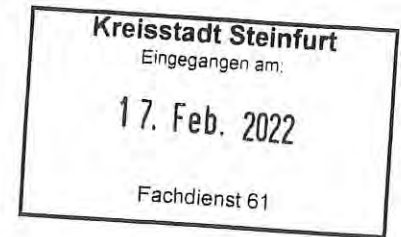
I/13



BUNDESWEHR

Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr
Fontainengraben 200 • 53123 Bonn

Stadt Steinfurt
Stadtplanung
Emsdettener Straße 40
48565 Steinfurt



Per E-Mail an
schnieder@Stadt-Steinfurt.de

Aktenzeichen
45-60-00 / III-053-22-FNP

Ansprechperson
Herr Laute

Telefon
0228 5504-4582

E-Mail
baludbwtoeb@bundeswehr.org

Datum
16.02.2022

Betreff: **84. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Steinfurt**;

hier: Stellungnahme der Bundeswehr

Bezug: Ihr Schreiben vom 04.02.2022,

Az. ohne

Sehr geehrte Damen und Herren,

gegen die im Betreff genannte(n) Maßnahme(n) hat die Bundeswehr folgende Bedenken bzw. Einwände.

Die von Ihnen beabsichtigte(n) Maßnahme(n) befindet / befinden sich

- im Bereich des Militärflugplatzes Rheine

Die Belange der Bundeswehr sind somit ggf. mehrfach berührt

Ob tatsächlich Beeinträchtigungen militärischer Interessen vorliegen, kann in dieser Planungsphase nicht beurteilt werden.

Ich bitte Sie, mich im Verfahren weiter zu beteiligen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

gezeichnet

D. Laute



**BUNDESAMT FÜR
INFRASTRUKTUR,
UMWELTSCHUTZ UND
DIENSTLEISTUNGEN DER
BUNDESWEHR**

INFRA I 3

Fontainengraben 200
53123 Bonn

Postfach 29 63
53019 Bonn

Tel. +49 (0) 228 5504-0

Fax +49 (0) 228 5504-89 5763

FspNBw 90-3402-88

WWW.BUNDESWEHR.DE

I/17

Landesbetrieb Wald und Holz
Nordrhein-Westfalen



Regionalforstamt Münsterland
Albrecht-Thaer-Straße 22, 48147 Münster

Kreisstadt Steinfurt
Stadtplanung und Bauordnung
Emsdettener Str. 40
48565 Steinfurt

28.02.2022

Seite 1 von 1

Aktenzeichen
310-11-01.014 2022_018
bei Antwort bitte angeben

Frau vom Bauer
Fachgebiet Hoheit
Telefon 0251 91797-457
Telefax 0251 91797-470

katharina.vom-bauer@wald-
und-holz.nrw.de

**84. Änderung des Flächenutzungsplanes der Stadt Steinfurt zur
Änderung des sachlichen und räumlichen Teilflächennutzungsplanes
"Windenergie" zur Ergänzung von Konzentrationszonen
Ihr Schreiben vom 24.01.2022
hier: Stellungnahme nach § 4 Abs. 1 BauGB**



Sehr geehrte Frau Schnieder,

gegen oben genannte Planung bestehen aus Sicht des Regionalforstamtes
Münsterland keine Bedenken, sofern die beiliegende Stellungnahme zum Bau-
vorhaben Windpark Hollich GmbH & Co.KG vom 23.06.2021 berücksichtigt
wird.

Freundliche Grüße

i. A. Katharina vom Bauer

Bankverbindung
HELABA
Konto :4 011 912
BLZ :300 500 00
IBAN: DE10 3005 0000 0004
0119 12
BIC/SWIFT: WELA DE DD

Ust.-Id.-Nr. DE 814373933
Steuer-Nr. 337/5914/3348
Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Regionalforstamt Münster-
land
Albrecht-Thaer-Straße 22
48147 Münster
Telefon 0251 91797-440
Telefax 0251 91797-470
muensterland@wald-und-
holz.nrw.de
www.wald-und-holz.nrw.de



Regionalforstamt Münsterland
Albrecht-Thaer-Straße 22, 48147 Münster

Kreis Steinfurt
Umwelt und Planungsamt - Immissionsschutz -
Tecklenburger Str. 10
48565 Steinfurt

23.06.2021
Seite 1 von 1

Aktenzeichen
310-11-02.004 2021_083
bei Antwort bitte angeben

Frau vom Bauer
Fachgebiet Hoheit
Telefon 0251 91797-457
Telefax 0251 91797-470

katharina.vom-bauer@wald-
und-holz.nrw.de

Stellungnahme zu einem Vorhaben nach BImSchG
Antragsteller: Windpark Hollich GmbH & Co. KG,
Anschrift: Hollich 70, 48565 Steinfurt
Vorhaben: Errichtung und Betrieb von zwei Windenergieanlagen
(WEA) WEA 2 und WEA 3
Grundstück: Gemarkung Burgsteinfurt, Flur 59, Flurstück 130, 58
Antrag vom: 10.07.2020
Ihr Zeichen: 67/3-566.0018/20/1.6.2



Sehr geehrter Herr Beckmann,

gegen oben genannte Planung werden die Bedenken vom 18.05.2021 zurück genommen, sofern folgende Hinweise beachtet und berücksichtigt werden:

1. Zu dem Waldbereich (siehe Karte vom 18.05.2021) ist mindestens ein Abstand zum Wald von 5m einzuhalten, andernfalls ist die betroffene Waldfläche wie bereits beschrieben zu ersetzen.
2. Die Wallhecke/Windschutzstreifen Nr. 160 kann nicht als temporäre, unbefestigte Lagerfläche genutzt werden (dies stellt eine ungenehmigte Waldumwandlung und somit eine Ordnungswidrigkeit dar). Ebenso hat die Zuwegung über den nördlich der Wallhecke/Windschutzstreifen Nr. 160 vorhandenen Wirtschaftsweg zu erfolgen.
3. Der Ersatz K4 für die dauerhaft und temporär in Anspruch genommene Wallhecke/Windschutzstreifen 179 im Rahmen der Zuwegung (G3) wird anerkannt sofern die 10 Einzelbäume die dort bestehende Wallhecke/Windschutzstreifen Nr. 176 ergänzen.

Bankverbindung
Helaba
Konto :4 011 912
BLZ :300 500 00
IBAN: DE10 3005 0000 0004
0119 12
BIC/SWIFT: WELA DE DD
Ust.-Id.-Nr. DE 814373933
Steuer-Nr. 337/5914/3348

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Regionalforstamt Münster-
land
Albrecht-Thaer-Straße 22
48147 Münster
Telefon 0251 91797-440
Telefax 0251 91797-470
muensterland@wald-und-
holz.nrw.de
www.wald-und-holz.nrw.de





4. Sollten wegen der geplanten Baumaßnahme, durch notwendige begleitende Maßnahmen wie Zuwegung, Kabeltrasse, Einspeisepunkte, Verteilerkästen, o. Ä., Waldbereiche inklusive Wallhecken und Windschutzstreifen, dauerhaft oder temporär umgewandelt oder beeinträchtigt werden, sind diese Maßnahmen genehmigungspflichtig und müssen im Verhältnis 1:1,5 ausgeglichen werden.
5. Bei Unklarheiten bezüglich Waldeigenschaft eines Elementes oder zur Abgrenzung eines Eingriffes, ist das Regionalforstamt Münsterland ebenfalls zu beteiligen.

Freundliche Grüße

i. A. Katharina vom Bauer

I/21

Schnieder, Bärbel

Von: Höhn, Michael <Michael.Hoehn@lwl.org>
Gesendet: Montag, 7. Februar 2022 11:36
An: Schnieder, Bärbel
Cc: Selitz, Lisa Marie
Betreff: 84. Änderung FNP der Stadt Steinfurt / Plan ID 27146

Sehr geehrte Frau Schnieder,

zu der vorgelegten Planung möchte ich mit Blick auf das Schutzgut kulturelles Erbe die folgenden Hinweise geben: Zu dem Änderungsbereich Bürgerwindpark Hagenkamp wurden von uns bereits die folgenden Anforderungen an die Umweltprüfung im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Zulassungsverfahrens gestellt, die sich offenbar in Bearbeitung befinden:

Der Umweltbericht wertet die kulturlandschaftlichen Fachbeiträge zu dem Plangebiet im Bereich Hagenkamp zwar sachgerecht aus. Leider grenzt der Bericht jedoch mit einem Umkreis des zehnfachen Rotordurchmessers um die geplanten Anlagen das Untersuchungsgebiet unbegründet so ab, dass es auf dem Gebiet der Stadt Horstmar unmittelbar vor dem zu betrachtenden Schutzobjekt Haus Alst endet. Eine Einschätzung mit einer nachvollziehbaren Begründung sollte beigebracht werden, dass eine visuelle Beeinträchtigung des bedeutenden Baudenkmals Haus Alst ausgeschlossen werden kann. Da auch wertgebende Merkmale des bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiches betroffen sind, werden multifunktionale Kompensationsmaßnahmen empfohlen, die auch für das Schutzgut kulturelles Erbe greifen.

Mit freundlichen Grüßen,

i.A.

Michael Höhn

Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL)
Wissenschaftlicher Referent, Landschaftsarchitekt
LWL-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen
48133 Münster
Tel.: 0251 591-3573
michael.hoehn@lwl.org

Besuchen Sie uns im Internet: www.lwl.org/dlbw
oder folgen Sie uns auf Twitter: [www.twitter.com/lwl_aktuell](https://twitter.com/lwl_aktuell)
Bitte denken Sie an die Umwelt, bevor Sie diese E-Mail ausdrucken.

Der LWL im Überblick:

Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) arbeitet als Kommunalverband mit mehr als 18.000 Beschäftigten für die 8,3 Millionen Menschen in der Region. Der LWL betreibt 35 Förderschulen, 21 Krankenhäuser, 18 Museen, zwei Besucherzentren und ist einer der größten deutschen Hilfezahler für Menschen mit Behinderung. Er erfüllt damit Aufgaben im sozialen Bereich, in der Behinderten- und Jugendhilfe, in der Psychiatrie und in der Kultur, die sinnvollerweise westfalenweit wahrgenommen werden. Ebenso engagiert er sich für eine inklusive Gesellschaft in allen Lebensbereichen. Die neun kreisfreien Städte und 18 Kreise in Westfalen-Lippe sind die Mitglieder des LWL. Sie tragen und finanzieren den Landschaftsverband, dessen Aufgaben ein Parlament mit 125 Mitgliedern aus den westfälischen Kommunen gestaltet.

Der LWL auf Facebook:

<http://www.facebook.com/LWL2.0>

I/22

LWL-Archäologie für Westfalen
Außenstelle Münster



LWL

Für die Menschen.
Für Westfalen-Lippe

LWL-Archäologie für Westfalen – An den Speichern 7 – 48157 Münster

Servicezeiten: Montag-Donnerstag 08:30-12:30 Uhr, 14:00-15:30 Uhr
Freitag 08:30-12:30 Uhr

Stadt Steinfurt
Stadtplanung und Bauordnung
z. Hd. Frau Schnieder
Emsdettener Str. 40
48565 Steinfurt

Ansprechpartner:
Dr. Bernhard Stapel

Tel.: 0251 591 8913
E-Mail: bernhard.stapel@lwl.org

Az.: St/Ti/M 135/22B

Münster, 27.01.2022

84. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Steinfurt zur Änderung des sachlichen und räumlichen Teilflächennutzungsplanes „Windenergie“ zur Ergänzung von Konzentrationszonen gem. § 3 (1) BauGB

- Ihr Schreiben vom 24.01.2022 -

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Schnieder,

es bestehen keine grundsätzlichen Bedenken gegen die ausgewiesenen potentiellen Wind-eignungsbereiche. Hinweisen möchten wir jedoch, dass in allen ausgewiesenen Flächen mit heute noch unbekannten archäologischen und paläontologischen Funden und Befunden gerechnet werden muss. Wir bitten, folgenden Hinweis zu berücksichtigen:

Die Stellungnahme bezieht sich ausschließlich auf die ausgewiesenen Windeignungsbereiche. Es ist in diesem Verfahrensschritt auf Grund des Fehlens konkreter Standorte nicht möglich, ein qualifiziertes Gutachten über eventuell notwendige bodendenkmalpflegerische Belange im Fall konkreter Planungen zu machen.

Es ist daher zwingend erforderlich, die LWL-Archäologie für Westfalen auch im Genehmigungsverfahren für einzelne Standorte möglichst frühzeitig zu beteiligen, damit anhand benehmensfähiger Unterlagen geprüft werden kann, ob Bodendenkmäler gem. § 2 oder § 3 DSchG NRW betroffen sind.

Mit freundlichen Grüßen
i.A.

(Dr. B. Stapel)

I/23



Amprion GmbH, Robert-Schuman-Straße 7, 44263 Dortmund

Kreisstadt Steinfurt
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung
Emsdettener Straße 40
48565 Steinfurt

Asset Management

Ihr Zeichen	Bärbel Schnieder
Ihre Nachricht	24.01.2022
Unser Zeichen	A-BB/4307/Bn/160.195/Sch
Name	Frau Bennor
Telefon	+49 231 5849-15740
Telefax	+49 231 5849-15667
E-Mail	angelina.bennor@amprion.net

Dortmund, 02. Februar 2022

Seite 1 von 3

**84. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Steinfurt zur Änderung des sachlichen und räumlichen Teilflächennutzungsplanes "Windenergie" zur Ergänzung von Konzentrationszonen hier: Benachrichtigung gemäß § 3 (1) BauGB
220-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Hanekenfähr - Gersteinwerk, Bl. 4307 (Maste 107 bis 109 und 116 bis 118)**

Amprion GmbH

Robert-Schuman-Straße 7
44263 Dortmund
Germany

T +49 231 5849-0
F +49 231 5849-14188

www.amprion.net

www.twitter.com/Amprion

Aufsichtsratsvorsitzender:

Uwe Tigges

Geschäftsführung:

Dr. Hans-Jürgen Brick (Vorsitzender)
Dr. Hendrik Neumann
Peter Rüh

Sitz der Gesellschaft:

Dortmund
Eingetragen beim
Amtsgericht Dortmund
Handelsregister-Nr.
HRB 15940

Bankverbindung:

Commerzbank AG Dortmund
IBAN:
DE27 4404 0037 0352 0087 00
BIC: COBADEFFXXX
Ust.-IdNr. DE 8137 61 356

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Änderungsbereiche 1 und 2 der Potenzialflächen für Windenergie, wie in der beigelegten Festsetzungskarte im Maßstab 1 : 15000 mit Datum vom 18.01.2022 dargestellt, sollen im Nahbereich der im Betreff genannten Höchstspannungsfreileitung ausgewiesen werden.

Die Leitungsführung mit Leitungsmittellinie haben Sie bereits nachrichtlich in den vorgenannten Festsetzungskarten eingetragen. Wir weisen darauf hin, dass sich die tatsächliche Lage der Leitung ausschließlich aus der Örtlichkeit ergibt.

Wir bitten Sie darum, die folgenden Auflagen und Hinweise in den textlichen Teil des Teilflächennutzungsplanes zu übernehmen:

Von der Deutschen Elektrotechnischen Kommission in DIN und VDE ist vom Komitee „Freileitungen“ ein Mindestabstand zwischen Freileitung und Windenergieanlage festgelegt worden. Der Mindestabstand wird berechnet zwischen dem äußeren Leiterseil der Freileitung und der Turmachse der WEA.

Für Freileitungen mit einer Spannungsebene über 110-kV gilt:

Abstand = $0,5 \times \text{Rotordurchmesser} + 30 \text{ m}$ (spannungsabhängiger Sicherheitsabstand) + Arbeitsraum für den Montagekran

Sofern Kranstellfläche und Montagefläche auf der leitungsabgewandten Seite der WEA liegen, **kann** der Wert für den Arbeitsraum 0 m betragen.

Grundsätzlich gilt, dass zu keinem Zeitpunkt beim Bau und Betrieb einer WEA Anlagenteile in den Schutzstreifen einer Freileitung hineinragen dürfen.

Bei einem geringen Abstand kann die von den Rotorblättern verursachte Windströmung die Leiterseile der Leitung in Schwingungen versetzen und damit mechanische Schäden an den Seilen verursachen.

Bis zu einem Abstand vom **DREIFACHEN** des Rotordurchmessers zwischen äußerem Leiterseil der Freileitung und dem Mittelpunkt der WEA, ist der Bedarf von Schwingungsschutzmaßnahmen an der Freileitung zu prüfen.

Diese Festlegungen der Deutschen Elektrotechnischen Kommission sind in die Bestimmungen der gültigen DIN EN 50341-2-4 eingeflossen.

Ab dem Abstand vom **DREIFACHEN** des Rotordurchmessers sind keine Beeinträchtigungen für die Freileitung zu erwarten.

Darüber hinaus ist es zum Schutz der Freileitung notwendig, dass deren Systemkomponenten durch umherfliegende Festkörper, die von der WEA ausgehen können, nicht beschädigt werden. Hierzu gehören z. B. abgeworfenes Eis oder umherfliegende Teile einer durch Blitz zerstörten WEA.

Aufwendungen für entsprechende Schutzmaßnahmen müssen nach dem Verursacherprinzip vom Betreiber der WEA übernommen werden. Sollten durch den Bau oder den Betrieb der WEA Schäden an der Leitung entstehen, behält sich die Amprion GmbH Schadenersatzansprüche vor.

Um eine Schädigung der Leiterseile durch Schwingungen, die von der Nachlaufströmung der Windenergieanlagen verursacht werden, zu vermeiden, sind ggfs. Schwingungsschutzmaßnahmen erforderlich. Die Kosten sind vom Antragsteller zu tragen.

Sie erhalten dieses Antwortschreiben auch namens und im Auftrag der Westnetz GmbH als Eigentümerin und Betreiberin, der die betroffene Leitungsanlage teilweise zur Mitbenutzung überlassen wurde. Die technische Abstimmung haben wir vorgenommen.

Wir bitten um weitere Beteiligung in diesem Verfahren.

Mit freundlichen Grüßen

Amprion GmbH



Digital
unterschieden
von Marc Bollwerk
Datum: 2022.02.03
12:56:36 +01'00'



Digital
unterschieden
von Angelina
Bennor
Datum:
2022.02.03
10:16:14 +01'00'

Verteiler:
Bl. 4307
Bl. 7007